

PRESSEMITTEILUNG #648-13.09.2023

Niclas Dürbrook:

## **Das Aus für die Bäderbahn ist verkehrspolitisch ein Fehler**

Zur heutigen Bäderbahn-Diskussion im Wirtschaftsausschuss erklärt der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Niclas Dürbrook:

„Drei Erkenntnisse hat die heutige Beratung im Wirtschaftsausschuss zur Bäderbahn gebracht:

1. Mit der Bäderbahn soll nach Darstellung des Staatssekretärs eine attraktive und gut genutzte Strecke bewusst eingestellt und durch eine deutlich weniger attraktive Strecke ersetzt werden, weil die Fahrgäste andernfalls rechnerisch auf der neuen Hinterlandanbindung fehlen würden und damit die Kosten-Nutzen-Bewertung für die Hinterlandanbindung der Festen Fehmarnbeltquerung unter den Wert von 1 rutschen würde, ab dem das Projekt sich gesamtwirtschaftlich nicht rechnet. Das mag mathematisch und mit Blick auf das Risiko von Klagen irgendwo nachvollziehbar sein. Mit Blick auf die Verkehrswende ist es erkennbar Unsinn und ein extrem hoher Preis, den die Menschen und die Wirtschaft in den Bäderorten zahlen müssen.
2. Unklar ist weiterhin, was jetzt auf und mit der alten Bäderbahntrasse passieren soll. Noch gibt es einen privaten Interessenten für die Strecke. Das kann erhebliche Auswirkungen auf den Planungsprozess haben. Noch im Frühjahr hat die Landesregierung zudem betont, dass ein Antrag auf Entwidmung der Strecke absehbar keinen Erfolg haben würde. Das schränkt die Möglichkeiten für eine Alternative zur Bäderbahn auf der alten Trasse erheblich ein, weil die Schienen liegen bleiben, ein Anschluss an das reguläre Bahnnetz und damit die Verbindung Richtung Lübeck und Hamburg aber nicht geplant ist.
3. Bei der Frage einer Alternative für die Bäderbahn wurde ein Jahr verschenkt, weil die Landesregierung seit dem Ideenwettbewerb von 2021 erkennbar untätig war. Der Verkehrsstaatssekretär gab sich heute optimistisch, weil man noch fünf Jahre hätte, bis eine Alternative zur Bäderbahn stehen müsste. Diesen Optimismus teile ich nicht. Fünf Jahre sind sehr wenig Zeit, wenn die Alternative am Ende besser sein soll, als ein paar zusätzliche Busse auf bereits jetzt verstopfte Straßen an der Küste zu schicken. Die Landesregierung muss Gas geben!“